



Sessionsbericht – Sommersession

Rapport de session – Session d'été

30. Mai bis 17. Juni 2022

Von Michael Mandl, Fraktionssekretär

Eine «ausserordentliche» Sommersession

«Ausserordentlich» wird in der Politik gerne und fast schon inflationär benutzt. Denn solange ausserordentliche Umstände herrschen, braucht es auch ausserordentliche Massnahmen. Ein Türöffner für allerlei politische Anliegen, die eigentlich schon lange umgesetzt werden sollten und dazu dienen, um in Aktivismus zu verfallen. Um nicht falsch zu verstanden zu werden: Beispielsweise der Krieg in der Ukraine ist als «ausserordentlich» zu verstehen und benötigt entsprechende Massnahmen von Bundesrat und Parlament, damit u.a. den flüchtenden Personen unkompliziert Hilfe geboten werden kann. Nur wurden diese Massnahmen bereits mehrheitlich umgesetzt.

Diese Sommersession war aber nicht ausserordentlich, weil enorm viel weltbewegende Entscheide gefällt wurden. Obwohl aufgrund der in dieser Session beschlossenen, neuen Subventionen im Umfang von mehreren Milliarden Franken wäre das Prädikat «aussergewöhnlich» spendabel durchaus angebracht. Nein, die Sommersession wurde leider wieder einmal dazu genutzt, um ausserordentlich viel Leerlauf zu produzieren. Unter dem Deckmantel von «ausserordentlichen» Umständen haben die Polparteien z.B. mehrere ausserordentliche Sessions einberufen: Einerseits zum Thema Sperrung von Oligarchen-Vermögenswerten, andererseits zum Thema Entlastungsmassnahmen zugunsten der Bevölkerung und Wirtschaft. Diese versteckten «Mini»-Sessions während einer laufenden Session wären eigentlich dazu gedacht, unter besonderen Umständen einberufen zu werden. Leider werden sie sowohl von der SVP wie auch der SP für das Agenda-Setting missbraucht. Das Resultat: Seit Beginn der Corona-Pandemie vergeht kaum eine Session ohne eine «ausserordentliche» Session. Und wie bisher war der Output auch in diesem Fall eher überschaubar, um es nett zu formulieren. Denn von den zugrundeliegenden 14 Vorstössen wurde trotz mehrstündigen Debatten in beiden Räten nur ein Vorstoss angenommen. Der Witz daran: Dieser dient keinem der beiden Ziele, sondern der Stromversorgung.

Obwohl es zumindest bei der ausserordentlichen Session zum Thema Entlastungsmassnahmen berechtigte Diskussionen gab. Die FDP hat sich aber konsequent gegen alle Vorstösse ausgesprochen. Denn der Bundesrat ist bereits aktiv geworden und arbeitet in einer Arbeitsgruppe an wirksamen Massnahmen. Als Konsequenz davon hat die FDP auch ihren Fraktionsvorstoss zurückgezogen. Anstatt künstlich über kurzfristige Konjunkturpakete in den Markt einzugreifen, wie beispielsweise bei den steigenden Treibstoffpreisen gefordert wird, ist es viel zielführender, mittel- bis langfristige Reformen zu lancieren, welche die Schweizer Bevölkerung und Wirtschaft nachhaltig entlasten. Bereits jetzt Giesskannenlösungen in Form von Gutscheinen oder Vergünstigungen zu fordern, ist nicht zielführend und je nachdem sogar kontraproduktiv. Leider hat nun auch die Mitte realisiert, dass sie dieses Spiel mitspielen könnte und bereits für die Herbstsession zusammen mit der SP eine ausserordentliche Session zu Prämientlastungen eingefordert. Meine waghalsige Prognose: Sie wird ausserordentlich viel verändern...



1. FDP übernimmt Verantwortung bei dringender BVG-Reform

In dieser Session hat der Ständerat erstmals die viel beachtete BVG-Reform beraten. Oder besser gesagt: er hätte dies tun sollen. Denn der Ständerat hat einen Rückweisungsantrag von Isabelle Chassot (Mitte/FR) mit 28 zu 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen und das Paket in die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats (SGK-S) zurückgeschickt. Nun muss die wichtige Reform eine Zusatzschleife drehen, bevor die kleine Kammer über das Paket befinden kann.

Wie konnte es so weit kommen? Nachdem der Nationalrat während der Wintersession den nicht mehrheitsfähigen Vorschlag von Bundesrat Berset massiv anpassen musste, hatte die SGK-S ein alternatives Modell für Kompensationsmassnahmen für die von der Senkung des Mindestumwandlungssatzes betroffenen Übergangsgenerationen vorgeschlagen. Das Bundesamt für Sozialversicherungen konnte die entsprechenden Berechnungen erst drei Wochen nach Ende der Kommissionsberatungen liefern. Schnell wurde klar, dass das ständerätliche Modell die Anspruchsgruppen bei den Übergangsgenerationen zu breit definiert hatte und dementsprechend untragbare Kosten aufwies. Daraufhin hat die FDP ihre Verantwortung wahrgenommen und zusammen mit anderen bürgerlichen Parteien einen neuen Vorschlag für die Beratung im SR geschmiedet.

Aufgrund der speziellen Ausgangslage konnte der Vorschlag erst sehr kurzfristig vor der Beratung durch SR Josef Dittli eingereicht werden. Eine Mehrheit der kleinen Kammer war jedoch der Ansicht, dass das neue Modell eingehend von der zuständigen Kommission geprüft werden müsse. Das gilt es zu respektieren und muss nun aber ohne weitere Verzögerungstaktik an die Hand genommen werden. Wie bisher wird sich die FDP auch für Lösungen einsetzen, die den Herausforderungen der steigenden Lebenserwartung und ungenügender Anlagerenditen Rechnung tragen.

2. Indirekter Gegenvorschlag zur Gletscher-VI: Weg zum Netto-Null-Ziel bis 2050 vorgespurt

Der Nationalrat hat in der Sommersession als Erstrat mit grosser Mehrheit dem indirekten Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative zugestimmt. Kern der Vorlage ist ein Absenkpfad für Treibhausgasemissionen bis im Jahr 2050, damit das Ziel Netto-Null erreicht werden kann. Im Gegensatz zur Gletscher-Initiative, die bereits in der Frühlingssession durch den NR abgelehnt wurde, verzichtet der Gegenentwurf jedoch auf ein Verbot fossiler Treib- und Brennstoffe. Die FDP begrüsst diesen indirekten Gegenvorschlag, da mit dem Klimarahmengesetz rascher als mit der Initiative Ziele umgesetzt werden und ein realistischer Fahrplan festgelegt wird.

Die zwei konkreten Massnahmen betreffen Fördergelder zugunsten langfristiger Investitionen, die bereits jetzt getätigt werden müssen, um einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten. Eine davon umfasst ein Programm zur Förderung neuartiger Technologien und Prozesse zur Dekarbonisierung, das von der FDP unterstützt wurde. Damit werden gezielt und befristet auf sechs Jahre «Earlymover» der Schweizer Wirtschaft in ihren freiwilligen Anstrengungen zugunsten des Klimaschutzes unterstützt. Das zweite Förderprogramm für den Heizungsersatz soll über die nächsten zehn Jahre zusätzliche Mittel in das bestehende Gebäudeprogramm einbringen. Die FDP-Liberale Fraktion sieht die Vor- und Nachteile des Programms und hat es mit knapper Mehrheit unterstützt. Bedenken hat sie bezüglich der Gefahr von grösseren Mitnahmeeffekten.

In der weiteren Beratung im Ständerat sollten darum noch Korrekturen beim Heizungsersatz vorgenommen werden. Zudem soll der Ständerat das vorliegende Klimarahmengesetz im Gesamtkontext der Gletscher-Initiative und dem direkten Gegenentwurf beurteilen. Die FDP wird sich auch im Ständerat

dafür einsetzen, dass nach der Abstimmung über das CO₂-Gesetz wieder konstruktive Lösungen im Parlament zustande kommen.

3. Armeebotschaft: Eine starke Armee für eine sichere Schweiz

Die vorliegende Armeebotschaft war ein Musterbeispiel der bürgerlichen Kooperation: Alle Verhinderungsanträge von Links waren chancenlos. So wurde der vom Bundesrat vorgeschlagene Verpflichtungskredit in der Höhe von 9.3 Milliarden CHF problemlos bewilligt. Die Pakete dienen der Beschaffung der Kampfflugzeuge F-35A, dem bodengestützte Luftverteidigungssystem Patriot, der Beschaffung von Armeematerial und dem Immobilienprogramm.

Kernstück der Vorlag ist die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge. Bereits in der Kommissionsberatung wurde auf Antrag der FDP aufgenommen, dass der Bundesrat den Kaufvertrag vor Ablauf der Frist zu unterschreiben hat. Dieser Zusatz wurde in der kleinen Kammer bestätigt, da Einigkeit darüber herrschte, dass eine Volksinitiative, über die noch nicht abgestimmt bzw. die noch nicht einmal eingereicht ist, keine aufschiebende Wirkung entfalten kann.

Keine Mehrheit fand der Entwurf des Bundesrates zur Ausserdienststellung der F-5 Tiger. Der Ständerat ist besorgt, dass mit der Auflösung der Fliegerstaffel die Patrouille Suisse ebenfalls aufgelöst werden müsste. Dieser Weiterbetrieb ist mit 44 Millionen Franken pro Jahr verbunden. Ebenfalls wurden Mehrausgaben beim Rüstungsprogramm beschlossen: So wurde der Rüstungskredit um 300 Millionen Franken erhöht, um die Armee schneller auf neue Gefahrenlagen anzupassen.

4. Mit ständerätlicher Zustimmung zur Widerspruchslösung «Nein heisst Nein»

Die von aussen betrachtete banale Frage über «Ja ist Ja» oder «Nein ist Nein» lag dem Ständerat an zwei Tagen in dieser Sommersession vor. Hinter dieser Frage steht das Herzstück der Revision des Sexualstrafrecht. Darauf aufbauend hat sich im Ständeratssaal eine hitzige Diskussion ergeben über die Bedingungen und Art der Einwilligung, die in bei einer Vergewaltigung vorliegen müssen, damit der Tatbestand erfüllt ist. Die vorberatende Kommission, der Bundesrat sowie die FDP-SR-Gruppe haben sich klar für die Widerspruchslösung ausgesprochen. Dieser Variante ist der Ständerat mit 25 zu 18 Stimmen gefolgt.

Vor allem aus dem linken Lager sind die Stimmen für die Zustimmungslösung bei sexuellen Handlungen nach Art. 189-190 StGB laut geworden. Eng betrachtet, fordert diese Lösung die Zustimmung zum höchstpersönlichen Akt im Schlafzimmer. Um sicher zu gehen, sollten in diesen Szenarien immer Stift und Papier im Nachttisch verstaut sein, um vorgängig jeweils die schriftliche Zustimmung des Bettpartners einzuholen. Denn die sichere und beweisbare Zustimmung dieses Vier-Augen-Delikts kann praktisch nur vertraglich vereinbart festgehalten werden. Just diese Beweisproblematik ist der treibende Grund, wieso die FDP sich für die Widerspruchslösung eingesetzt hat.

Neben dieser Frage geht fast vergessen, dass mittels der Revision entscheidende Verschärfungen vorgenommen worden sind, die nun den gesellschaftlichen Entwicklungen auch mithalten. Namentlich müssen fortan beim Vorliegen einer qualifizierten Vergewaltigung; dank der Erhöhung der Mindestfreiheitsstrafe, die Täter ins Gefängnis und können nicht mit einer bedingten Geldstrafe davonkommen. Sowie weitere namhafte Verschärfungen bzgl. Rachepornografie und sexuelle Handlungen mit Kindern oder unter Ausübung einer Tätigkeit im Gesundheitsbereich. Als nächstes wird sich die zuständige nationalrätliche Rechtskommission mit der Vorlage beschäftigen, damit der Nationalrat darüber befinden kann.

5. Umstrittener Rettungsschirm für die Stromunternehmen

Der Ständerat hat am zweitletzten Tag der Session als Erstrat einen mit maximal zehn Milliarden Franken dotierten Rettungsschirm für die systemkritischen Stromunternehmen beschlossen. Auf eine Rückweisung des Geschäfts an die Kommission, die von einer Minderheit rund um SR Martin Schmid

verlangt wurde, wurde trotz intensiver Diskussion verzichtet. In der Detailberatung folgte der Rat ihrer Kommission und hiess das Bundesgesetz über subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft in der Gesamtabstimmung mit 28 zu 9 Stimmen bei 6 Enthaltungen gut. Kernstück der Vorlage sind Darlehen im Umfang von maximal 10 Mrd. CHF, die von systemkritischen Stromunternehmen in Anspruch genommen werden können. Die Bedingungen dafür sind äusserst restriktiv, um die Inanspruchnahme so unattraktiv wie möglich zu machen.

Die FDP-Gruppe blieb trotz Verbesserungen durch den Bundesrat nach der Vernehmlassung kritisch, weil der Rettungsschirm stark auf die Rettung der drei grossen Stromunternehmen BKW, Axpo und Alpiq fokussiert und je nach Ausgestaltung falsche Anreize setzen könnte. Insbesondere die Frage, ob die Rettung nicht viel eher der Stromversorgungssicherheit gelten sollte, erhitzte die Gemüter. Trotzdem hat eine Mehrheit der FDP-Ständeräte die Notwendigkeit gesehen, dass in einem absoluten Notfall eine Lösung zur Sicherung der Stromversorgung vorhanden sein muss. Entsprechend war das Eintreten auf die Vorlage auch unbestritten. Nun geht es darum, dass im Nationalrat nochmals geklärt wird, ob die Ausgestaltung des Rettungspakets präzisiert und einige Bedingungen für die Inanspruchnahme der Darlehen verbessert werden kann.

6. Embargogesetz: Nationalrat stimmt für unsinnigen Alleingang

Entgegen dem Willen der FDP, hat eine Mittellinksallianz mit 136 zu 53 für einen Paradigmenwechsel in der Sanktionspolitik gestimmt: Die Schweiz soll selbst thematische Sanktionen (Sanktionen gegen Personen und Unternehmen) erlassen können. Unter dem heutigen Regime kann sich die Schweiz nur Sanktionen anschliessen, wenn die UNO oder die wichtigsten Handelspartner diese verhängen.

Bekanntermassen kann eine effektive Sanktionspolitik nur im Verbund getätigt werden. Als kleines, vernetztes Land muss die Schweiz auf breit abgestützte, multilaterale Lösungen setzen. Mit der Änderung des Embargogesetzes betreibt Mitte-Links reine Symbolpolitik, die unsere Position als neutraler Staat und Vermittler schwächt. Für die FDP wäre es weitaus sinnvoller gewesen, den angekündigten Neutralitätsbericht des Bundesrates abzuwarten und danach die Diskussion über eine allfällige Änderung des Embargogesetzes zu führen.

Jedoch konnten, mit dem zurückfinden der Mitte zum geschlossenen bürgerlichen Block, ein weiterer Antrag der Linken abgelehnt werden. Dieser verlangte die Streichung des Passus, dass Schweizer Unternehmen bei der Umsetzung von Sanktionen im internationalen Vergleich nicht benachteiligt werden dürfen. Für die FDP ist es zentral, dass der Bundesrat Schweizer Unternehmen unterstützt und sie nicht zu Kollateralopfer werden. Nun ist es am Ständerat die gefällten Entscheide des Nationalrates zu korrigieren.

7. Chancenlose Kostenbremse-Initiative – missratener Gegenvorschlag

Die Volksinitiative der Mitte mit dem marketingmässig gut gewählten Titel «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» war nach mehrstündiger Debatte im Nationalrat chancenlos. Sie wurde mit dem wuchtigen Resultat von 156 zu 28 Stimmen zur Ablehnung empfohlen. Ausserhalb der Mitte-Fraktion stiess das Volksbegehren nicht bei einem einzigen Parlamentsmitglied auf Zustimmung. Dies ist erfreulich, denn die FDP bekämpft die Initiative seit ihrer Lancierung. Dem Text mangelt es in hohem Masse an Klarheit und er würde ein Globalbudget einführen, auch wenn die Befürworter dies konsequent abzustreiten versuchen. Die negativen Auswirkungen von Globalbudgets im Gesundheitswesen sind bestens bekannt und in einem liberalen und qualitativ hochwertigen Gesundheitssystem nicht wünschenswert.

Aufgrund des Konsenses, dass das Gesundheitswesen dringende Reformen benötigt, um die Kosten in den Griff zu bekommen, wurde nebst der Volksinitiative ein indirekter Gegenvorschlag verabschiedet. Mit Bedauern musste die FDP zur Kenntnis nehmen, wie sich eine knappe Mitte-Links-Mehrheit im Nationalrat mit 97 zu 94 Stimmen bei einer Enthaltung durchgesetzt hat und den indirekten

Gegenvorschlag mit der Einführung von Kosten- und Qualitätszielen verpatzte. Eine solche Verstaatlichung des Gesundheitssystems durch die Hintertüre ist aus FDP-Sicht nicht akzeptabel: Nebst dem ungehinderten Zugang zu medizinischen Leistungen für alle Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes, gefährden sie die weltweit anerkannte Qualität der Versorgung und die kurzen Wartezeiten in der Schweiz. Initiative und Gegenvorschlag gehen nun an den Ständerat, der Gegenvorschlag zwingend korrigieren muss.

8. Änderung der Jugendschutzgesetzgebung bei Film und Videospielen: Ein liberaler Siegeszug.

Ziel der Änderung der Jugendschutzgesetzgebung ist es, Minderjährige besser vor dem Konsum nicht altersgemässer Inhalte zu schützen. Nachdem die FDP-Anträge im Nationalrat keine Mehrheit fanden, konnte die ständerätliche Deputation in der Kommission sowie im Rat starke liberale Akzente setzen. Die geschlossene Deputation konnte, die vom Nationalrat eingebaute, sachfremde Thematik der Medienförderung streichen. Des Weiteren wurde durch die oppositionslose Streichung des Verbots der die In-App Käufe (auch bekannt als Mikrotransaktionen) die Vorlage noch weiter entschlackt. Der Rat folgte der Meinung der Fachleute, die die Behandlung besagter Thematik unter dem Aspekt der Suchprävention und nicht dem Schutz ungereinigter Inhalte wünschen.

Durch die begrifflichen Änderungen am Gesetzestext – durchgängig wurde der Begriff der Jugendschutz – mit Branchenorganisationen geändert, konnte verhindert werden, dass die Akteure zu einer bestimmten Organisationform gezwungen werden und ihnen dauerhaft Experten aufgezwungen werden. Die Experten dürfen aber weiterhin ihre Rolle in der Mitgestaltung der Konzepte wahrnehmen. Ebenfalls wurde die Bestimmung gestrichen, dass Kinder in Begleitung eines Erwachsenen nur ins Kino dürfen, wenn die Altersgrenze nicht mehr als zwei Jahre unterschritten wird. Der Siegeszug der freisinnigen Positionen in der kleinen Kammer hat es erlaubt, dass nach einer Ablehnung des Gesetzes im Nationalrat, die FDP-Deputation die Vorlage geschlossen unterstützen konnte. Nun gilt es, auch in der grossen Kammer dieser Vorlage zum Erfolg zu verhelfen.

9. Voranschlag Impfstoffbeschaffung: to buy or not to buy?

Wieder einmal musste sich das Parlament mit Nachtragskrediten befassen, die vorwiegend mit der Corona-Pandemie zusammenhängen. Insgesamt ging es um 17 Nachtragskredite in der Höhe von 2.7 Milliarden Franken. Im Vorfeld wurden die 2.1 Milliarden Franken für den Bundesbeitrag an die Arbeitslosenversicherung für die Kurzarbeitsentschädigung heiss diskutiert, da das Bundesgericht entschied, der Bund müsse Nachzahlungen leisten. Nach der ersten Beratungsrunde in beiden Räten wurde diese Nachzahlung jedoch ohne Kürzungen durchgewunken.

Als Zankapfel entpuppte sich hingegen der Nachtrag zur Beschaffung von Impfstoffen. Auslöser waren neu erschienene Informationen während der Beratung von Kürzungsanträgen zur Impfstoffbeschaffung in der Sommersession. Es ging primär um entsprechende Vorbehalte in den Kaufverträgen mit den Impfstofflieferanten, die seitens des zuständigen Bundesamtes für Gesundheit – anders als in der Vergangenheit – offenbar teilweise nicht eingebaut wurden. Als Folge dessen könnte die Budgethoheit des Parlaments unter Umständen nicht gewährt werden.

Bei der finalen Beratung des Geschäftes zeigte sich, dass beide Räte jeweils an ihren Positionen festhielten. Der Ständerat plädierte für eine Kürzung des Nachtrags zur Impfstoffbeschaffung, und somit für den Kauf von weniger Impfungen, der Nationalrat sprach sich für die vom Bundesrat vorgeschlagene höhere Summe und Anzahl Impfungen aus, welche gemäss Bundesrat bei coronabedingten Lageänderungen mehr Planungssicherheit verspricht. Am Ende erledigte sich die Frage «to buy or not to buy?». To buy, aber nur halb so viel Impfstoffe wie vom Bundesrat ursprünglich vorgeschlagen. Da das gewollte Budget halbiert wurde, muss der Bundesrat die Impfstoffbeschaffung neu aushandeln.

10. Kaum Chancen für die Teilprivatisierung der Postfinance

Der Ständerat hat sich einstimmig gegen eine Teilprivatisierung der Postfinance ausgesprochen und wollte auch nicht, dass diese Kredite und Hypotheken vergeben kann. Die FDP begrüsst den einstimmigen Entscheid, denn der vorliegende Entwurf zur Revision des POG zeigt keine vernünftigen Lösungsansätze zur Weiterentwicklung der Post auf. Vielmehr würde ein Eintritt der PostFinance in den Kredit- und Hypothekarmarkt neue Probleme schaffen: Insbesondere muss hinterfragt werden, ob ein Eintritt in den Kredit- und Hypothekarmarkt – ein Markt, in dem es bereits genügend Anbieter gibt – tatsächlich den gewünschten wirtschaftlichen Erfolg bringen würde, zumal er mit erheblichen Anfangsinvestitionen und mit erhöhten Risiken verbunden ist. Aus Sicht der FDP muss die Zukunft der Post unbedingt gesamtheitlich betrachtet werden. Gefragt sind nachhaltige Lösungen für sämtliche Problemstellungen des Service Public der Post. Dabei müssen sowohl die Postdienste also auch der Zahlungsverkehr berücksichtigt werden und sowohl die Definition der Grundversorgung als auch deren Finanzierung aufgezeigt werden.

11. Bundesversammlung (VBV)

Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft. Wahl eines Mitglieds

Nach der Anhörung von fünf Personen empfiehlt die GK, für den Rest der Amtsperiode 2019-2022 Markus Schefer zum Mitglied der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft zu wählen. Markus Schefer ist Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Basel. Im Rahmen seiner Forschungstätigkeit hat er sich unter anderem mit dem Strafverfahren aus staatsrechtlicher Perspektive befasst.

Bestätigung der Wahl des Direktors der Eidgenössischen Finanzkontrolle

Die GK empfiehlt die Bestätigung der Wahl von Pascal Stirnimann zum Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK). Die GK hat auf die Durchführung einer Anhörung verzichtet. Sie hat sich jedoch in einem Brief bei der FinDel, die eng mit dem Direktor der EFK zusammenarbeitet, erkundigt, ob aus ihrer Sicht etwas gegen die Bestätigung der Wahl von Pascal Stirnimann spricht. Nach Einschätzung der FinDel steht der Bestätigung der Wahl von Pascal Stirnimann nichts im Weg.

Bundesstrafgericht. Wahl eines ordentlichen Richters/einer ordentlichen Richterin

Da nur sehr wenige Bewerbungen eingegangen sind, hat die Kommission keine Anhörungen durchgeführt und auf Antrag ihrer Subkommission beschlossen, die Stelle im Hinblick auf eine Wahl in der Herbstsession 2022 neu auszuschreiben

12. Geschäfte beider Räte

Staatsrechnung 2021: Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat die coronabedingt erneut tiefrote Staatsrechnung 2021 gutgeheissen. Sie schliesst mit einem Fehlbetrag von 12,1 Milliarden Franken ab. Dieses Defizit ist über 3,5 Milliarden Franken kleiner als im ersten Pandemiejahr 2020. Die tiefroten Zahlen 2021 stehen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Covid-19-Krise und deren Auswirkungen. In der Krise hat sich die Schuldenbremse jedoch einmal mehr bewährt, die FDP wird sich daher weiterhin für deren Erhalt sowie den nun notwendigen Schuldenabbau einsetzen.

Revision StPO - Komplize kann weiterhin bei den Einvernahmen dabei sein: Bei der Revision der Strafprozessordnung waren sich die Räte weiterhin nicht einig, ob Beschuldigte an Einvernahmen anderer Beschuldigter teilnehmen dürfen. Nach geltendem Recht dürfen alle Parteien im Verfahren bei allen Beweiserhebungen dabei sein, dies kann bei Einvernahmen von Bandenkriminalität schwere prozessuale Folgen haben. Der Bundesrat und auch der Ständerat möchten das Teilnahmerecht von Beschuldigten an Einvernahmen einschränken, also etwa Zeugen oder Personen, die im selben Verfahren beschuldigt sind. Der Nationalrat hingegen will bei der heutigen Regelung bleiben, um faire Verfahren zu garantieren. In der letzten Differenzvereinbarung hat der Ständerat seine Position aufgegeben und der Nichteinschränkung der Teilnahmerechte zugestimmt.

13. Geschäfte des Nationalrats

Abbau der Corona-Schulden: Der Nationalrat will die Hälfte der Corona-Schulden mit vergangenen Überschüssen aus dem ordentlichen Haushalt verrechnen. Der Abbau der anderen Hälfte soll bis 2031 mit dem Einsatz von strukturellen Gewinnen sowie Zusatzausschüttungen der Nationalbank erfolgen. Die grosse Kammer hat am Mittwoch als Erstrat eine entsprechende Änderung des Finanzhaushaltgesetzes in der Gesamtabstimmung mit 133 zu 51 Stimmen gutgeheissen. Dies entspricht jedoch nicht dem Vorschlag des Bundesrats, die coronabedingten Schulden bis 2035 vollständig mittels künftiger Finanzierungsüberschüsse abzubauen. Mit der gewählten Abbaustrategie folgt der Nationalrat somit der Strategie, welche die FDP in der Vernehmlassung befürwortete. Mit der Frist bis ins Jahr 2031 bleibt der Druck auf die Reduktion des Amortisationskontos hoch und ermöglicht eine nachhaltige Finanzpolitik. Das Instrument der Schuldenbremse hat sich in der Corona-Krise einmal mehr als hochwirksam erwiesen. Dank der verantwortungsbewussten Finanzpolitik der letzten Jahre waren die ausserordentlichen Ausgaben erst möglich. Nun garantiert die Schuldenbremse, dass die Corona-Schulden nicht künftige Generationen belasten. Die FDP setzt sich weiterhin dafür ein, dass Nachhaltigkeit auch in der Finanzpolitik gilt und die verfassungsmässige Schuldenbremse nicht geschwächt wird. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Teurer Gegenentwurf zur «Prämienentlastungsinitiative»: In der dritten Sessionswoche hat der Nationalrat die «Prämienentlastungsinitiative» der SP und einen indirekten Vorschlag zum Volksbegehren beraten. Die Initiative fordert, dass die Versicherten nicht mehr als 10 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Krankenversicherungsprämien ausgeben müssen. Dieser viel zu teure Vorschlag, deren Annahme mit jährlichen Kosten von rund 4,5 Milliarden Franken verbunden wäre und den Handlungsspielraum der Kantone erheblich einschränken würde, war chancenlos und wurde vom Nationalrat mit 121 zu 67 Stimmen zur Ablehnung empfohlen. Der Gegenentwurf, welcher mit jährlich 2.2 Milliarden Franken rund die Hälfte kosten würde, fand eine Mehrheit. Den Initianten gilt es zugute zu halten, dass sie ein wichtiges Anliegen der Bevölkerung aufgreifen. Die kontinuierlich steigenden Krankenkassenprämien sind für immer grössere gesellschaftliche Kreise, vor allem auch des Mittelstandes, nur schwer tragbar. Statt einfach nur Geld zu verteilen, würde die Linke jedoch gut daran tun, endlich Hand zu bieten, um die Gründe anzugehen, welche zum konstanten Anstieg der Prämien führt. Im Gesundheitswesen braucht es Reformen und keine Pflasterlipolitik!

Leibrenten: Das Parlament will die Leibrenten tiefer besteuern respektive die Besteuerung künftig den Anlagebedingungen anpassen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat der Vorlage deutlich zugestimmt, ein Rückweisungsantrag der SP hatte indes keine Chance und scheiterte mit 131 zu 37 Stimmen. Die grosse Kammer hat die Vorlage mit 148 zu 37 Stimmen gutgeheissen. Die Vorlage setzt unsere Fraktionsmotion "Stopp der Steuerstrafe in der Säule 3b" aus dem Jahr 2012 um, welche zum Ziel hat, den steuerbaren Anteil von Leibrenten flexibel an das aktuelle Zinsniveau zu binden. Bisher wurden vierzig Prozent als pauschaler Ertragsanteil besteuert. Dass diese Motion der FDP im Ständerat einstimmig bzw. im Nationalrat mit einer überwiegenden Mehrheit angenommen wurde, ist erfreulich.

Blindes Vertrauen bei Abstimmungen für Sehbehinderte dank Abstimmungsschablonen: "Unsere Demokratie ist nur vollständig, wenn alle Schweizerinnen und Schweizer teilhaben können", sagte Kommissionssprecher Andri Silberschmidt. Oppositionslos hiess der Nationalrat eine Motion gut, der mittels Einführung von Abstimmungsschablonen für Menschen mit Sehbehinderung ermöglichen geheim abzustimmen. Die aufgeführte Meinung hat auch der Bundesrat vertreten, der somit auch die Motion zur Annahme empfahl. Erarbeitet hatte den Vorstoss seine Staatspolitische Kommission (SPK-N). Er geht nun an den Ständerat. Mit dessen Zustimmung soll fortan das Stimmgeheimnis bei dieser Menschengruppe gewahrt werden und dank eines schier unscheinbaren Plastikstück eine wichtige Inklusionsbeitrag geleistet werden.

Liberalisierung im Abstammungs- und Adoptionsrecht: Die FDP setzt sich für eine liberale Gesellschaft ein, die allen Eltern die gleichen Rechte und Pflichten bietet, und zwar unabhängig davon,

wie das Kind gezeugt wurde (natürlich, künstliche Befruchtung im Ausland oder private Samenspende) oder ob es adoptiert wurde. Als Folge der Ehe für Alle und Aufhebung der Diskriminierung zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren und heterosexuellen Partnerschaften im Kindesrecht, waren punktuelle Nachjustierungen notwendig. Es ist daher erfreulich, dass der Nationalrat in dieser Session zwei Motionen der RK-N angenommen hat, die die Diskriminierungen im Abstammungs- und Adoptionsrecht beseitigen möchten.

Transparenz bei Abstimmungen: Wenn eine Volksinitiative an die Urne kommt, soll künftig auf dem Abstimmungszettel auch auf indirekte Gegenvorschläge hingewiesen werden. Eine entsprechende Motion von unserem Nationalrat Marcel Dobler wurde mit einem fast einstimmigen Resultat angenommen - mit 182 zu 1 Stimme. Dobler; sowie 82 parteiübergreifende nationalrätliche Mitunterzeichner, machte geltend, dass für die Beurteilung der Ausgangslage bei einer Volksinitiative die Kenntnisnahme über die alternative, weniger weitreichende Lösung zentral ist. Wird das Vorhandensein eines indirekten Gegenvorschlags auf dem Abstimmungszettel rein formal vermerkt, kann dies einen Mehrwert für die Stimmbürger schaffen. Der Bundesrat hält jedoch an seiner Praxis fest und spricht sich gegen diesen Hinweis aus. Dies mit der Begründung, dass bereits informative Abstimmungsbüchlein bestehen, die über solche Gegenvorschläge informieren. Im Hinblick auf die Tatsache, dass die meistens Bürger die Abstimmungsunterlagen nicht lesen, ist dieses Argument nicht stichhaltig. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

Kein Medienpaket light: Nach dem Nein der Stimmbevölkerung zum Medienförderungspaket, wollte eine Mehrheit Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats einen Teil der Massnahmen des Pakets in Form einer parlamentarischen Initiative umsetzen. Insbesondere hätte es um die Unterstützung von Aus- und Weiterbildungsinstitutionen, Nachrichtenagenturen wie Keystone-SDA und Selbstregulierungsorganisationen sowie um IT-Investitionen gehen sollen. Ausserdem hätte der Abgabenanteil zugunsten der privaten Radios und Fernsehsender erhöht werden sollen. Der Nationalrat hat den Vorstoss mit 92 zu 87 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt. Aus Sicht der FDP völlig zurecht: Volksentscheide müssen respektiert werden und nicht wenige Monate nach dem Entscheid vom Parlament «korrigiert» werden.

EU-Strategie: Der Nationalrat hat oppositionslos als Zweirat eine Motion gutgeheissen, die eine mittel- und längerfristige Strategie für eine nachhaltige Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU vorsieht. Auch der Bundesrat sprach sich für die Motion aus. Aussenminister Ignazio Cassis verwies auf den geplanten Bericht über die Beziehungen mit der EU. Die Erwartungen müssten aber realistisch bleiben, sagte er.

Internationale Währungshilfe: Die Schweiz soll sich auch weiterhin rasch an Massnahmen zur Stabilisierung des globalen Finanzsystems und der Wechselkurse beteiligen können. Als Zweirat hat der Nationalrat den entsprechenden Verpflichtungskredit von zehn Milliarden Franken für die Periode von 2023 bis 2028 mit grosser Mehrheit, unter anderem dank einer geschlossenen FDP, beschlossen. Die hohe Unterstützung für die immer wiederkehrende Vorlage zeigt auf, dass das bisherige System sich bestens bewährt hat und das internationale Engagement der Schweiz grossen Rückhalt geniesst.

Schweizer Programm für exzellente Forschung: Der auf Antrag der FDP-Deputation entstandenen Vorstoss, will ein Schweizerisches Förderprogramm aufbauen. Mit dem Ausschluss auf dem europäischen Förderprogramm «Horizon Europe» hat die Forschung und Innovation in der Schweiz gelitten. Mit 167 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung wurde die Motion an den Zweirat überwiesen. Neben der Forschung sollen auch Investitionsbeiträge in Start-ups und KMU fliessen.

Kinderkrippen: Der Nationalrat hat mit 138 zu 35 Stimmen bei 15 Enthaltungen und der geschlossenen Unterstützung der FDP-Deputation, sich für eine Verlängerung bis ins Jahr 2024 des Impulsprogramms zur Schaffung von Krippenplätzen ausgesprochen. Mit der Annahme im Erstrat wurde verhindert, dass bis zur Einführung der Nachfolgelösung eine Lücke entsteht und den betroffenen Akteuren die Planungssicherheit zurückgegeben. Für die FDP hat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Priorität,

dementsprechend hat sie die Vorlage unterstützt und wird sich aktiv für eine liberal ausgestaltete Nachfolgelösung einsetzen.

14. Geschäfte des Ständerats

Klare Regeln für das Bauen ausserhalb der Bauzone: Für das Bauen ausserhalb der Baugebiete hat der Ständerat über die 2. Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes neue Regeln beschlossen. Nach rund vier Jahren seit der Überweisung der RPG-Vorlage hat sich der Ständerat endlich auf eine Lösung einigen können, die die umstrittene Vorlage ins Ziel führen könnte. Dabei soll die Zahl der Bauten und bebauten Flächen ausserhalb von Bauzonen nicht steigen, die Kantone aber zugleich Spielraum für eigene Entscheidungen erhalten. Der Ständerat verabschiedete am Donnerstag die zweite Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes einstimmig. Die Vorlage will er als indirekten Gegenvorschlag der Landschaftsinitiative entgegenstellen. Die Umweltkommission (UREK-S) hatte wesentliche Anliegen der Landschaftsinitiative aufgenommen, die Initiative aber abgelehnt. Sie geht deutlich zu weit und schränkt den Handlungsspielraum der Kantone zu stark ein. Nun ist erneut der Nationalrat am Zug und wird hoffentlich auf die Vorlage eintreten, damit der Initiative ein wirkungsvoller Gegenvorschlag gegenübergestellt wird.

Entsendegesetz: In der Schweiz wird es keine nationale Regelung zur Durchsetzung der Regeln für Entsandte aus EU-Staaten geben. Die Kantone sollen sich selbst um die Durchsetzung ihrer Mindestlöhne für aus dem Ausland entsandte Arbeitnehmer kümmern. Der Ständerat ist im Gegensatz zum Nationalrat mit 26 zu 19 Stimmen zum zweiten Mal nicht auf die Vorlage eingetreten. Damit ist das Geschäft erledigt. Dies zur Freude der FDP, denn die aktuellen Instrumente genügen, um den Lohnschutz zu gewährleisten - die vorgeschlagene Revision war der falsche Weg, um Lohndumping zu verhindern.

Lex-Booking – Onlinebuchungsplattformen in Fesseln der illiberalen Ordnungspolitik: Die Regulierung durch die Lex-Booking soll die Praktiken der Buchungsplattformen eingrenzen. Diese Meinung hat der Ständerat sowie zuvor leider bereits der Nationalrat geteilt und sich mit 38 zu 7 Stimmen für die entsprechenden Änderung im UWG ausgesprochen. Die flankierenden Massnahmen gehen weiter als der Bundesrat es ursprünglich fordert und enthalten nebst der Preisbindungs- auch Verfügbarkeits- und Konditionenparitätsklauseln. Die FDP, wieder im Alleingang kämpfend, hat vergebens versucht die Notwendigkeit solcher Plattformen aufzuzeigen und die klaren Vorteile z.B. durch den Netzwerknutzen vorzubringen. Wir werden uns trotz dieses Verlusts weiterhin gegen staatliche branchespezifische Eingriffe in den Wettbewerb einsetzen und möchten insbesondere vermeiden, dass durch zusätzliche Regulierungen in privatrechtlichen Verträgen der Marktmechanismus ausgehebelt wird.

E-ID wieder auf Kurs: Die FDP-Motion sowie fünf weitere gleichlautende und parteiübergreifende Motionen zugunsten der Schaffung einer staatlichen E-Identität wurde nun auch vom Ständerat angenommen. Die E-ID-Lösung, welche letzten Frühling an der Urne aufgrund von Sicherheitsbedenken bei privaten Dienstleistungsanbietern begraben wurde, soll mittels einer staatlichen Lösung wieder auf Kurs gebracht werden. Die FDP setzt sich dafür ein, dass das Potenzial der Digitalisierung ausgeschöpft wird und mittels Wegfalls der Medienbrüche eine Kosteneinsparung für die Volkswirtschaft und Bürokratieabbau für die Bürger ermöglicht wird. Die Umsetzung dieses Projekts wird in Kürze durch eine Vernehmlassung an die Hand genommen.

Revision des Strassenverkehrsgesetzes: Wie bereits der Nationalrat, hat auch die kleine Kammer entschieden, dass Raser nicht mehr zwingend ins Gefängnis sollen. Die Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr fällt damit dahin. Für jugendliche Velofahrer gibt es keine Velohelmpflicht und Auto-Rundstreckenrennen werden wieder erlaubt. Die Beratungen des Strassenverkehrsgesetzes sind aus Sicht der FDP sehr positiv verlaufen. Wegen zwei verbliebenen Differenzen in Detailfragen geht die Vorlage noch einmal zurück an den Nationalrat. Zum einen beharrte der Ständerat darauf, dass Zweiräder nicht auf Trottoirs abgestellt werden dürfen. Der Nationalrat wollte dies ermöglichen, sofern

Fussgänger mindestens anderthalb Meter Platz zur Verfügung haben. Zum anderen will der Ständerat, dass weiterhin bestraft werden kann, wer öffentlich vor Verkehrskontrollen warnt. Das Geschäft geht nun zurück an den Nationalrat.

Nachhaltigkeitsziel für die AHV: Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine Motion des Zürcher FDP-Nationalrats Andri Silberschmids gutgeheissen, welche ein Nachhaltigkeitsziel für die AHV fordert. Konkret heisst dies, dass die AHV im Jahr 2050 ausgeglichen und generationengerecht finanziert sein muss. Der Bundesrat ist nun verpflichtet, in den zukünftigen Reformen eine langfristige Perspektive einzunehmen.

Erhöhung der Armeeausgaben: Dank einer geschlossenen bürgerlichen Front hat der Ständerat mit grosser Mehrheit, den ersten Schritt hin zur Erhöhung des Armeebudgets getätigt. Dieses soll schrittweise bis in Jahr 2030 auf ein Prozent des BIPs angehoben werden. Die FDP hatte diese Forderungen mittels Motionen des Parteipräsidenten Burkart sowie der Nationalrätin Riniker als erstes platziert. Denn nur eine sichere Schweiz ist eine prosperierende Schweiz.

Neutralität: Oppositionslos wurde im Ständerat ein Auftrag an Aussenminister Cassis vergeben, ein aktualisierter Neutralitätsbericht zu verfassen. Im Rahmen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind viele Fragen noch unbeantwortet: Themen wie Waffenlieferungen sowie eine Mitgliedschaft bei der Nato oder eine Kooperation mit der Verteidigungsallianz sollen bearbeitet werden.

Digitalisierung der Bundesverwaltung: Der Ständerat hat auf dem Weg zur Digitalisierung der Bundesverwaltung und der Förderung der digitalen Verwaltung (E-Government) einen wichtigen Pflock eingeschlagen. Als Erstrat hat er das Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben ohne Gegenstimme gutgeheissen. Der Rat baute zudem eine Anschubfinanzierung von Digitalisierungsprojekten von hohem öffentlichem Interesse ein. Das Gesetz regelt auch die Zusammenarbeit mit Behörden ausserhalb der Bundesverwaltung und Dritten.

15. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

22.3630 Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Nantermod). Neuer Status für Selbständige in Plattform-Beschäftigung - soziale Absicherung sicherstellen

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, einen neuen Status für selbstständige Plattformarbeitende zu schaffen. Damit soll für Dienstleistungserbringende im Rahmen der Plattformarbeit Rechts- und Planungssicherheit geschaffen werden, welche die von ihnen gewünschte Flexibilität ermöglicht und eine Absicherung gegen gewisse soziale Risiken garantiert. Dieser neue Status kann im Obligationenrecht festgehalten werden als alternative Form des Arbeitsvertrags.

Begründung

Der Bundesrat kommt in seinem Bericht "Digitalisierung - Prüfung einer Flexibilisierung des Sozialversicherungsrechts" zum Schluss, dass der Plattformökonomie ein grosses volkswirtschaftliches Potential innewohnt. Trotzdem weigert er sich bis dato, die gesetzlichen Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen. Dies hat zur Folge, dass zahlreiche internationale Digitalunternehmen die Schweiz meiden und ihr Angebot hierzulande nicht anbieten. Zeitgleich wird damit die Gründung und das Wachstum neuer Schweizer Firmen erschwert bzw. unnötig verkompliziert. Dienstleistungserbringende aus diversen Branchen haben in den vergangenen Jahren begonnen, ihre Dienstleistungen über Plattformen anzubieten - von Gärtnern, Reinigungsfachkräften, über Kuriere bis hin zu Buchhaltern und Beratern. Diese Entwicklung wird je länger je mehr von der Praxis der Vollzugsbehörden und den Gerichten in Frage gestellt. Nicht zuletzt hat dies das Bundesgerichtsurteil über Uber in Genf aufgezeigt. Die Vorteile der Flexibilisierung der Arbeitswelt sollen jedoch auch

Dienstleistenden in der Schweiz zu Verfügung stehen, ohne dass dies auf Kosten einer genügenden sozialen Sicherheit geschieht.

Um die Entwicklung dieser potentiell volkswirtschaftlich wichtigen Branche nicht noch länger zu gefährden und die bestehende Unsicherheit bezüglich den Sozialversicherungen zu beheben, wird der Bundesrat aufgefordert, einen neuen Status für Selbstständige in Plattform-Beschäftigung zu definieren. Damit würde auch das Unternehmertum gefordert.

Der verbindliche Inhalt des neuen Status muss so gering wie möglich gehalten werden und in erster Linie einen verhältnismässigen Sozialversicherungsschutz in Bezug auf die Altersvorsorge umfassen. Die Vertragsparteien sollten sich beide vertraglich zu diesem neuen Status bekennen und sozialpartnerschaftliche Lösungen sollen dabei erhalten bleiben.

16. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Sommersession abgeschlossen. 10 Vorlagen sind parlamentarisch unter Dach und Fach.

Verabschiedet wurden:

- › mit 116 zu 78 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Nationalrat) und mit 38 zu 7 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat) eine Anpassung im Gesetz über den unlauteren Wettbewerb und damit strengere Regeln für Buchungsplattformen, die Hotelzimmer vermitteln. Preisparitätsklauseln sowie Angebots- und Konditionenparitätsklauseln werden neu verboten
- › mit 147 zu 48 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Nationalrat) und mit 38 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung (Ständerat) die revidierte Strafprozessordnung, mit der verschiedene Punkte im Strafprozessrecht angepasst werden, die Teilnahmerechte von im gleichen Verfahren Beschuldigten an Einvernahmen aber entgegen den Plänen des Bundesrates nicht eingeschränkt werden
- › mit 197 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Nationalrat) und mit 41 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Ständerat) eine Änderung des AHV-Gesetzes, mit der die Aufsicht über die AHV, die Ergänzungsleistungen (EL), die Erwerbsersatzordnung und die Familienzulagen in der Landwirtschaft modernisiert wird
- › mit 156 zu 37 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Nationalrat) und mit 43 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Ständerat) das Gesetz über die Besteuerung von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen, mit dem die Besteuerung von Leibrenten gesenkt respektive angepasst wird
- › mit 192 zu 1 Stimme bei 4 Enthaltungen (Nationalrat) und mit 45 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat) eine Änderung im Gesetz über die militärischen Informationssysteme (MIG), das die Rechtsgrundlagen für militärische Informationssysteme neu regelt
- › mit 197 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Nationalrat) und mit 45 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat) das revidierte Gaststaatgesetz, mit dem Angestellte des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) eine auf sie zugeschnittene Ausgestaltung der beruflichen Vorsorge erhalten
- › mit 155 zu 37 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Nationalrat) und mit 43 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Ständerat) die Teilrevision des Gesetzes über die kantonale französischsprachige Schule in Bern, mit der die Bundesbeiträge an die Schule erhöht werden
- › neue Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis der Leiterin oder des Leiters des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (Edöb). Die erforderlichen Änderungen im Datenschutzgesetz wurden mit 197 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Nationalrat) und mit 45 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat) und jene im Informationssicherheitsgesetz mit 197 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Nationalrat) und mit 45 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat)

angenommen. Die Verordnung der Bundesversammlung wurde mit 197 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Nationalrat) und mit 45 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat) gutgeheissen

- › mit 146 zu 49 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Nationalrat) und mit 45 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat) Anpassungen im Doppelbesteuerungsabkommen mit Nordmazedonien
- › mit 187 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Nationalrat) und mit 45 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat) Anpassungen im Doppelbesteuerungsabkommen mit Japan.

Die Entscheide unterstehen dem fakultativen Referendum, mit Ausnahme der Verordnung der Bundesversammlung über das Arbeitsverhältnis der Leiterin oder des Leiters des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (Edöb).